

## Perspektiven: Kleine und grosse Schmarotzer

Von Artur K. Vogel. Aktualisiert am 03.08.2013 3 Kommentare

**Die Besserverdienenden werden zuwenig in die Pflicht genommen. Deshalb müssen wir uns auf weitere populistische Initiativen à la «1:12» gefasst machen.**



Eine dünne Schicht an Superreichen stiehlt sich aus der Verantwortung und ermöglicht Initiativen wie die «1:12»-Initiative der Juso. Im Bild: Juso-Präsident David Roth bei der Generalversammlung der CS im April.

Bild: Keystone / Ennio Leanza

### Stichworte

Perspektiven

Juso

### Artikel zum Thema

«Wir leben sehr einfach, aber wie Könige»

Vor ein paar Tagen war im «Bund» die Geschichte eines **Paares in den Zwanzigern mit Kleinkind zu lesen, welches in Frutigen ein einfaches, naturnahes Leben führt und «mit etwa 1200 Franken im Monat» lebt «wie die Könige».**

Nebenbei erfährt man, dass sie nur 120 Franken

**«Ich will meine Firma wegen der Bonzensteuer nicht ausbluten»  
1:12-Initiative: 5000 Swisscom-Löhne betroffen  
Der Erfinder der 1:12-Initiative wirkt am liebsten im Hintergrund**

monatlich für die Krankenkasse ausgeben – natürlich dank Prämienverbilligung.

Nichts gegen einen alternativen Lebensstil. Dass jeder nach seiner Façon selig werden soll, ist ein urliberales Postulat. Aber wie «alternativ» ist es, sich einerseits über «Gewinnstreben und Raffgier» der andern auszulassen und andererseits wie selbstverständlich davon zu profitieren, dass die «raffgierigen» Zeitgenossen jene Steuern bezahlen, ohne die der selbst gewählte Lebensentwurf nicht realisierbar wäre?

Als noch nicht jede unangenehme Tatsache unter einer Sülze politischer Korrektheit erstickt wurde, nannte man Leute, die auf Kosten anderer leben, «Schmarotzer». Nun kann eingewendet werden, die paar Hundert Franken Sozialleistungen, welche jeden Monat zur jungen Familie nach Frutigen fliessen, seien ein winziger Klacks im Vergleich zu den Hunderten von Millionen, welche Superreiche und Grossfirmen dem Staat legal, halblegal oder illegal entziehen.

### **Solidarität ist gefährdet**

Die zweite Hälfte dieses Einwandes trifft zu: Dadurch, dass sich eine kleine, superreiche Schicht aus der Verantwortung für das Gemeinwesen abgeschlichen hat, ist die Maxime akut infrage gestellt, die unserem Staatswesen zugrunde liegt: die Solidarität nämlich, die soeben in 1.-August-Reden wieder zelebriert worden ist.

Wenn man aber die Prämienvergünstigung für die Frutiger Familie im volkswirtschaftlichen Kontext liest, wird klar, dass auch sie zum Verfall des inneren Zusammenhaltes führen kann: Die Schweiz hat 2011 (die letzten bekannt gegebenen Zahlen des Bundesamts für Statistik) 4,3 Milliarden Franken für die Verbilligung von Krankenkassenprämien ausgegeben. (Nochmals dieselbe Summe wurde für AHV-Ergänzungsleistungen aufgewendet.) Insgesamt machen die Sozialausgaben in der Schweiz 26,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts aus; Tendenz steigend. 1950 waren es noch 7,6 Prozent gewesen.

Weil die Superreichen sich abgemeldet haben und weil gleichzeitig bei den Sozialausgaben ein unheilvoller Automatismus für stetig steigende Kosten sorgt, geraten jene in die Bredouille, die ihren Beitrag an den Staat weiterhin leisten: Mittelständler mit Lohnausweis werden finanziell allmählich erdrückt zwischen den Sozialhilfebezügern und den Steuervermeidern.

### **Populistische Scheinlösungen**

Wut und Unverständnis steigen, und damit steigt auch die Anfälligkeit für billige Scheinlösungen. Die 1:12-Initiative ist eine solche. Sie will die Einkommen in grossem Stil umverteilen und «den Manager-Gehältern Schranken setzen, damit die Löhne aller wieder steigen», wie es auf der Webseite der Jungsozialisten heisst. Die Initianten gaukeln uns also

dreist vor, wenn Manager weniger verdienen, bekämen Putzfrauen, Kellner und Verkäuferinnen automatisch mehr, womit Gerechtigkeit ausbrechen werde.

In Wirklichkeit sind die Durchschnittslöhne der am schlechtestens Verdienenden in der Schweiz drei- bis viermal höher als in den umliegenden Ländern. Das hohe Lohnniveau ist nur möglich, weil der Werkplatz Schweiz aus anderen Gründen attraktiv ist, unter anderem wegen der liberalen Wirtschaftsordnung und der Flexibilität des Arbeitsmarktes. Wenn die Bedingungen sich verschlechtern und der Staat so massiv in die Wirtschaft eingreift, wie das die Initiative verlangt, wird der Werkplatz Schweiz an Attraktivität einbüßen; viele internationale Firmen werden abwandern. Statt mehr werden dann zahllose Arbeitnehmer sehr viel weniger verdienen, nämlich gar nichts, weil es ihre Stelle nicht mehr gibt.

Um der viel gepriesenen Solidarität willen sollte man auf der einen Seite das Wachstum der Sozialleistungen bremsen. Entsprechende Anstrengungen werden unternommen. Andererseits sollten Steuergesetze so geändert (oder angewendet) werden, dass auch die Bestverdienenden in die Pflicht genommen werden. Dafür jedoch fehlt der politische Wille, weshalb wir uns auf weitere Initiativen für populistische Scheinlösungen gefasst machen können. (Der Bund)

Erstellt: 03.08.2013, 09:47 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)